expertenReport

Quelle: Experten/KI

Forsa-Umfrage: 88 Prozent der Deutschen erwarten trotz Sparpaket steigende Krankenkassenbeiträge

Ute Pappelbaum

Das Beitragsstabilisierungsgesetz überzeugt die Versicherten nicht

Beitragssatzstabilität entsteht nicht durch Gesetzesbeschlüsse allein. Sie setzt voraus, dass politische Zusagen dauerhaft Bestand haben und nicht kurze Zeit später durch Ausnahmen oder Sonderregelungen relativiert werden. Genau dieses Vertrauen scheint verloren zu gehen.

Das BStabG sollte die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung konsequent an den Einnahmen ausrichten. Doch bereits kurz nach seiner Verabschiedung wurden zusätzliche Mittel für Krankenhäuser sowie weitere Zugeständnisse gegenüber der Pharmaindustrie diskutiert. Damit entsteht der Eindruck, dass finanzielle Disziplin jederzeit politischen Einzelinteressen weichen kann. Ein Gesetz verliert seine Steuerungswirkung, wenn seine Ausnahmen früher diskutiert werden als seine Wirkung. Damit schwindet nicht nur das Vertrauen in das Sparpaket, sondern in die Verbindlichkeit politischer Entscheidungen insgesamt.

Warum die Mehrheit weitere Beitragserhöhungen für unvermeidlich hält

Die aktuelle Erhebung unter 1.003 Bürgerinnen und Bürgern bestätigt diese Entwicklung. 88 Prozent rechnen trotz der Reform mit steigenden Beiträgen. Bereits im Frühjahr 2025 waren es 86 Prozent gewesen. Die Erwartungshaltung hat sich durch das Spargesetz also nicht verbessert, sondern weiter verschlechtert.

Die Bevölkerung bewertet politische Reformen nicht nach ihrem Umfang, sondern nach ihrer Glaubwürdigkeit. Werden Spargesetze unmittelbar nach ihrer Verabschiedung durch neue Ausnahmen ergänzt, verlieren sie ihre wichtigste ökonomische Funktion: Sie stabilisieren Erwartungen nicht mehr.

Krankenkassenfinanzen: Das strukturelle Defizit bleibt bestehen

Die Skepsis der Versicherten ist auch ökonomisch nachvollziehbar. Die Ausgaben der gesetzlichen

Krankenversicherung wachsen seit Jahren schneller als ihre beitragspflichtigen Einnahmen. Demografischer Wandel, medizinischer Fortschritt, steigende Personalkosten und politisch beschlossene Leistungsausweitungen erhöhen den Finanzierungsbedarf kontinuierlich.

Ein Spargesetz kann diese Entwicklung zeitweise bremsen. Es verändert jedoch nicht die Finanzierungslogik des Systems. Solange keine tiefgreifenden Strukturreformen erfolgen, bleiben Beitragserhöhungen die wahrscheinlichste Anpassungsform. Die Debatte über einzelne Einsparungen verdeckt damit das eigentliche Problem: Die Finanzierungsarchitektur der gesetzlichen Krankenversicherung gerät zunehmend an ihre Grenzen.

Sonderregelungen gefährden das Ziel stabiler Krankenkassenbeiträge

Die Ablehnung weiterer Ausnahmen vom Beitragsstabilisierungsgesetz ist in der Bevölkerung deutlich ausgeprägt. Nach der forsa-Umfrage lehnen 62 Prozent der gesetzlich Versicherten höhere Beiträge zur Förderung der Arzneimittelproduktion in Deutschland ab. Auch geringere Einsparungen bei Krankenhäusern würden für 56 Prozent keine höheren Krankenkassenbeiträge rechtfertigen.

Damit richtet sich die Skepsis weniger gegen einzelne Branchen als gegen ein politisches Muster: Ausnahmen von Sparvorgaben werden zunehmend als zusätzliche Belastung der Beitragszahler wahrgenommen.

AOK-Vorstandsvorsitzende Carola Reimann bringt diese Entwicklung auf den Punkt:

> „Das Verständnis der GKV-Versicherten für teure Zugeständnisse zur Erfüllung von Partikularinteressen auf Seite der Leistungserbringer und der Industrie ist aufgebraucht."

Zugleich verweist sie auf bereits absehbare Finanzierungslücken von 3,4 Milliarden Euro für die Jahre 2027/28 sowie sechs Milliarden Euro für 2029/30. Diese Defizite sollen durch Strukturreformen geschlossen werden, die bislang noch nicht umgesetzt wurden. Deshalb fordert Reimann, den eingeschlagenen Reformpfad mit Notfallreform, Digitalgesetz und dem Aufbau eines Primärversorgungssystems konsequent fortzuführen.

Ökonomisch verweist dies auf einen grundlegenden Zielkonflikt. Einzelne Ausnahmen mögen jeweils politisch begründbar erscheinen. In ihrer Summe können Sonderregelungen jedoch die Glaubwürdigkeit einer auf Beitragssatzstabilität ausgerichteten Finanzpolitik beeinträchtigen. Für die Versicherten wird dabei zunehmend erkennbar, dass solche Entscheidungen nicht nur zu höheren Kosten in Form steigender Beiträge führen, sondern im Ergebnis auch mit einer schleichenden Einschränkung von Leistungen verbunden sein können. Genau deshalb bewertet die Bevölkerung weniger einzelne Maßnahmen isoliert, sondern zunehmend deren langfristige Verlässlichkeit.

Carsten Linnemann steht vor der entscheidenden Bewährungsprobe

Für den neuen Bundesgesundheitsminister Carsten Linnemann besteht die eigentliche Herausforderung deshalb nicht darin, ein Spargesetz zu verwalten. Entscheidend wird sein, ob die angekündigten Strukturreformen konsequent umgesetzt werden und finanzielle Ausnahmen tatsächlich die Ausnahme bleiben.

Dazu gehören insbesondere die Reform der Notfallversorgung, der Ausbau digitaler Versorgungsstrukturen und die Einführung eines leistungsfähigen Primärversorgungssystems. Parallel wächst auch in der Pflegeversicherung der Reformdruck, weil dort dieselben strukturellen Finanzierungsprobleme bestehen.

Warum Glaubwürdigkeit zum entscheidenden Faktor der Gesundheitspolitik wird

Die forsa-Umfrage misst deshalb weniger die Zustimmung zu einem einzelnen Gesetz als den Zustand des politischen Vertrauens. Offensichtlich zweifelt eine breite Mehrheit daran, dass finanzpolitische Zusagen gegenüber den vielfältigen Interessen von Ländern, Krankenhäusern, Pharmaindustrie und weiteren Akteuren dauerhaft Bestand haben.

Die eigentliche Botschaft der Umfrage lautet daher nicht, dass die Deutschen mit steigenden Beiträgen rechnen. Sie dokumentiert einen grundlegenden Wandel der Erwartungshaltung. Politische Reformen werden nicht mehr nach ihren Ankündigungen beurteilt, sondern danach, ob sie gegen spätere Ausnahmen und Sonderregelungen Bestand haben.

Nicht die Höhe eines Sparpakets entscheidet deshalb über stabile Beiträge, sondern die Glaubwürdigkeit seiner Umsetzung. Erst wenn politische Regeln als dauerhaft

gelten, können sie Erwartungen stabilisieren. Die Zeit, in der Gesetzesbeschlüsse automatisch Vertrauen erzeugten, ist vorbei. Heute muss sich Gesundheitspolitik ihre Glaubwürdigkeit durch konsequentes Handeln erst wieder erarbeiten.

Quelle: AOK-Bundesverband, Pressemitteilung: „Forsa-Umfrage: Trotz Milliarden-Sparpaket glauben 88 Prozent der Deutschen, dass die Beiträge in 2026/27 weiter steigen werden“, 30. Juli 2026.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport

https://www.experten.de/id/4951159/forsa-umfrage-steigende-krankenkassenbeitraege-sparpaket-2026/